



Finanzdirektor Anton Lauber setzt sich im Landrat durch: «Der Steuerwettbewerb ist Realität, wir müssen uns ihm stellen.» Foto: Nicole Pont

Landrat für moderate Steuersenkung

Vermögenssteuerreform Nach der ersten Lesung zeichnet sich ab, dass der Landrat für die moderate Variante der geplanten Senkung der Vermögenssteuern ist.

Thomas Dähler

Noch hat der Landrat keinen Entscheid gefällt. Doch nach der ersten Lesung am Donnerstag in Liestal zeichnet sich ab, dass die moderate Form einer Vermögenssteuersenkung eine Mehrheit im Baselbieter Parlament auf sich vereinen wird. Anträge von links und von rechts, die Reform in ihrem Sinn zu entschärfen oder zu verschärfen, scheiterten deutlich.

Schlagabtausch zwischen links und rechts

Durchgesetzt hat sich Finanzdirektor Anton Lauber (Mitte), der von seiner Fraktion Mitte/GLP einhellig unterstützt wurde in der Bemühung, den Kanton im Schweizer Steuerwettbewerb etwas besser zu platzieren. Heute steht Baselland besonders im Vergleich zu den Nachbarkantonen Solothurn und Aargau schlecht da, möglicherweise auch schon bald im Vergleich zu Basel-Stadt.

Die Reformvorlage führte in der Debatte zu einem Schlagabtausch zwischen links und rechts. Schon in der Kommissi-

on hatte sich dies abgezeichnet, wie Laura Grazioli (Grüne), Präsidentin der Finanzkommission, erläuterte. Unbestritten war einzig, dass die im Baselbiet speziell tiefe Belastung der Wertpapiere korrigiert werden muss.

Die SP und eine Mehrheit der Grünen wollen, dass dies wertneutral geschieht. «Seit zwanzig Jahren kennt der Kanton Baselland nur ein Motto: Wer hat, dem wird gegeben», monierte Ronja Jansen (SP) in einem flammenden Plädoyer gegen neue Steuerergeschenke an die Vermögenden. Urs Kaufmann (SP) sagte, der Vergleich mit den Nachbarn sei heute nicht korrekt, weil die ungenügende Besteuerung der Wertschriften und der Immobilien den Kanton schlechter mache, als er sei. Die vorgesehene Überkompensation der Berichtigung des Wertschriften-Steuerwerts sei unredlich, ebenso der Versuch, den Einnahmeverlust der Gemeinden aufzufangen.

FDP und SVP wollen wesentlich weiter gehen, als es die Regierung vorschlägt. «Es wäre vernünftig, sich ins Schweizer Mittelfeld zu bewegen», sagte Stefan



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Degen (FDP) und verwies auf das internationale Umfeld. «Wer das ignoriert, ist blauäugig.» Eine kostenneutrale Vorlage sei nicht möglich, weil die Belastung durch höhere Werte bei den Aktien unterschiedlich ausfalle, sagte Markus Brunner (FDP). Martin Dätwyler (FDP) wies darauf hin, dass es nötig sei, die betroffenen 300 Personen mit besonders hohen Vermögen zu pflegen. «Wir brauchen diese für die Standortattraktivität.» Mit der OECD-Mindeststeuer für die Unternehmen werde sich der Wettbewerb auf die Privatpersonen verlagern.

Weg vom Tabellenende im interkantonalen Wettbewerb

Die Regierung plant mit ihrer moderaten Reform, sich etwas vom Tabellenende im interkantonalen Wettbewerb abzusetzen. Der Mittelstand müsse entlastet werden, sagte Franz Meyer (Mitte). Das diene allen. Wenn man

riskiere, gute Steuerzahler zu verlieren, gefährde man die Projekte des Kantons – auch die sozialen Projekte.

Auch Finanzdirektor Anton Lauber argumentierte so. Er verwies darauf, dass der Kanton 2007 die Familien und die geringen Einkommen entlastet habe. Die 27 Millionen Franken, welche die Reform den Kanton kostete, hätten Platz im Staatshaushalt. «Der Steuerwettbewerb ist Realität, wir müssen uns ihm stellen», sagte Lauber. Wenn nur ein Steuerzahler mit grossem Vermögen den Kanton verlasse, brauche es 90 neue, die Vermögenssteuer bezahlen.

Die SP-Fraktion beantragte die Rückweisung der Reform an die Kommission mit dem Auftrag, diese ertragsneutral auszugestalten. Sie unterlag mit 27 zu 46 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Auch der Antrag der FDP, unterstützt von der SVP, die Entlastung grosszügiger auszugestalten, fand keine Mehrheit. Er wurde mit 34 zu 43 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Definitiv entscheidet der Landrat in zweiter Lesung in zwei Wochen.